

GTI-Nachtreffen: Bürgermeister der betroffenen Gemeinden senden Resolution an Bundesministerin

Verhalten zahlreicher Teilnehmenden bei GTI-Treffen nicht tolerierbar. Bürgermeister von Finkenstein, Keutschach, Rosegg, Schiefing, Velden und Villach fordern in gemeinsamer Resolution an Bundesministerin Leonore Gewessler mehr Durchgriffsmöglichkeiten für die Behörden.

Am vergangenen Wochenende wüteten regelrecht zahlreiche vorgebliche GTI-Fans in ganz Kärnten. Auch Gebiete in Villach-Stadt und –Land waren von überbordendem Lärm, Abgasen und Rasereien betroffen.

„Das Problem, dass sich viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht an die Verkehrsregeln halten, ist seit Jahren bekannt“, sagt Bürgermeister Günther Albel. „Zusätzlich verschärft wurde die Situation im heurigen Jahr durch beobachtete Missachtung der Corona-Regeln. „Den Behörden sind aber oft aufgrund fehlender Gesetzesvorgaben seitens der Bundesregierung die Hände gebunden.“

Weder die Straßenverkehrsordnung 1960 noch das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geben der Straßenpolizeibehörde sowie der Verkehrspolizei ausreichende Möglichkeiten, bereits im Vorfeld auf derartige Zusammentreffen mit Straßensperren zu reagieren bzw. „getunte“ Fahrzeuge sofort aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Bürgermeister fordert gemeinsamen mit den (Markt-)Gemeinden Finkenstein, Keutschach, Rosegg, Schiefing und Velden in einer Resolution an die zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler dringend mehr Durchgriffsmöglichkeiten anhand gesetzlicher Vorgaben.

„Wir fordern die Bundesministerin auf, durch bundesgesetzliche Verankerung von entsprechenden Regelungen dafür Sorge zu tragen, dass während der GTI-Treffen Straßensperren, Kennzeichenabnahmen oder Fahrzeugstilllegungen erfolgen können“, sagt der Bürgermeister. „Die Behörden brauchen dringend klare gesetzliche Vorgaben, die es ihnen ermöglichen, einzugreifen, um Wildwüchse wie am vergangenen Wochenende wirksam zu bekämpfen. Es kann nicht sein, dass die Anrainerinnen und Anrainer der Hotspots wochenlang Lärm und Abgasen ausgesetzt sind und einige Rowdies andere Menschen gefährden, oder sensible

Naturlandschaften wie den Naturpark Dobratsch schädigen“, so Bürgermeister Albel.

Statements der Bürgermeister (in alphabetischer Reihenfolge der Gemeinden):

Marktgemeinde Finkenstein, Bürgermeister Christian Poglitsch:

„Die Situation rund um das so genannte GTI Nachtreffen war dieses Jahr so extrem wie noch nie. In der Marktgemeinde Finkenstein am Faaker See drohen Gemeindebürger mittlerweile schon damit, wegzuziehen. Die wild organisierten Treffen sind imageschädigend für unsere Region und für den gesamten Kärntner Tourismus, der auf eine intakte Umwelt und Familienfreundlichkeit setzt. Viele Gäste sind heuer verfrüht abgereist, weil sie den Lärm nicht mehr ausgehalten haben. Dem muss Einhalt geboten werden.

Um den „Autofans“ die Bühne zu nehmen, ist das derzeit einzig probate Mittel die Sperrung öffentlicher Plätze wie z.B. des Faaker Bauernmarktgeländes. Damit verlagern wir allerdings das Problem nur auf andere Schauplätze. Wichtig wäre vor allem eine entsprechende Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit die Exekutive bessere Werkzeuge in die Hand bekommt, die schwarzen Schafe sprichwörtlich aus dem Verkehr zu ziehen. Die Respektlosigkeit, die dieses Jahr von einem Teil dieser sog. Autofans an den Tag gelegt wurde, kommt jener von Hooligans und Randalierern gleich. Gesittete Treffen einmal pro Jahr begrüßen wir sehr, Chaos und Respektlosigkeit haben hier aber keinen Platz.“

Gemeinde Keutschach am See, Bürgermeister Karl Dovjak:

Vor allem bei den ohrenbetäubenden, gänzlich sinnlosen Fehlzündungen muss die Polizei ermächtigt werden, tatsächlich abschreckende Strafen auszusprechen. Die Lärmbelastung und die Staus auf der Straße zum Pyramidenkogel sowie der Landesstraße durch unsere Gemeinde war für die Anrainer während der letzten „Autotreffen-Chaostage“ die reine Hölle.

Marktgemeinde Rosegg, Bürgermeister Franz Richau:

Genug ist genug! Wenn man mehrere Wochen im Jahr den gesamten Verkehr zwischen Velden und dem Faaker See bei den GTI Treffen sowie beim Harley Treffen auf sich nehmen muss und dadurch im Rahmen von Geschwindigkeits-, Lärm- und Geruchsbelästigungen starke Einschränkungen erfährt, ist es an der Zeit, dass den Behörden alle Möglichkeiten eines rigorosen Einschreitens gegeben wird. Geschwindigkeitsbeschränkungen, Radarüberwachungen, Beschlagnahmung von Fahrzeugen, Führerscheinentzug sind nur einige Möglichkeiten, die diesem Treiben ein Ende setzen können.

Marktgemeinde Schiefing, Bürgermeister Valentin Happe:

Dem Gesetzgeber muss klar sein, dass hier der Schutz der Bewohner und Anrainer der betroffenen Ortschaften im Vordergrund steht. Weiters geht es selbstverständlich um den Schutz der Landschaft, besonders das Keutschacher

Seental mit seinen Ramsar und Landschaftsschutzflächen leiden sehr unter den Treffen. Klar ist: Ohne die Koordination der Kräfte, die in diesem Jahr überhaupt nicht funktioniert hat, wird ein effizientes Vorgehen nicht funktionieren.

Marktgemeinde Velden, Bürgermeister Ferdinand Vouk:

Die Auswüchse und Vorkommnisse beim inoffiziellen GTI-Treffen, bei dem der Rechtsstaat mit Füßen getreten wurde, waren für Anrainer, den Tourismus und die Exekutive nicht zumutbar. Das ist nicht der Tourismus, den wir wollen. Ich fordere den Gesetzgeber auf, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um diesen Wahnsinn abzustellen, damit unsere schöne Region nicht zu einer Rennpiste verkommt.

Die Forderungen der Bürgermeister an Bundesministerin Leonore Gewessler im Detail:

- Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die das Eingreifen der Behörden bei Gefährdung durch Lärm, Schadstoffausstoß und überhöhter Geschwindigkeit früher möglich machen.
- Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ermöglichung des Vorgehens gegen „getunte“ Fahrzeuge (bisher gibt es nur die Möglichkeit, gegen Fahrzeugarten, also zum Beispiel LKW oder PKW, Verkehrsbeschränkungen und –verbote zu erlassen). Gefordert werden Mittel zum Vorgehen gegen spezielle „getunte“ Fahrzeugtypen, zbsp. Kennzeichenabnahmen, Stilllegung von Fahrzeugen.
- Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung von Straßensperren vorab.